

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Steffen Tippach,
Eva-Maria Bulling-Schröter und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/9302 –

Aufhebung des Verbots der Betätigung für die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und „Nationale Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK) in der Bundesrepublik Deutschland

A. Problem

Mit dem Antrag der Gruppe der PDS wird die Bundesregierung aufgefordert, die Verbote kurdischer Vereine und Publikationen sowie das Betätigungsverbot für die Auslandsorganisationen PKK und ERNK in der Bundesrepublik Deutschland aufzuheben. Das im Zusammenhang mit diesen Verboten eingezogene Sach- und Geldvermögen soll an ihre Eigentümer zurückgegeben werden. Strafverfahren, die lediglich auf Grund der Verbote stattfanden bzw. stattfinden, sollen eingestellt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 13/9302 abzulehnen.

Bonn, den 5. März 1998

Der Innenausschuß

Dr. Willfried Penner
Vorsitzender

Wolfgang Zeitlmann
Berichterstatter

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Berichterstatterin

Cem Özdemir
Berichterstatter

Rezzo Schlauch
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Wolfgang Zeitlmann, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Cem Özdemir, Rezzo Schlauch und Ulla Jelpke

Der Antrag der Gruppe der PDS, Aufhebung des Verbots der Betätigung für die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und „Nationale Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK) in der Bundesrepublik Deutschland auf Drucksache 13/9302 wurde in der 213. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Januar 1998 dem Innenausschuß zur federführenden Beratung überwiesen. Mitberatende Ausschüsse sind nicht beteiligt.

Der Innenausschuß hat den Antrag der Gruppe der PDS in seiner 79. Sitzung am 4. März 1998 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS, bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ablehnung empfohlen.

Bonn, den 5. März 1998

Wolfgang Zeitlmann
Berichterstatter

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Berichterstatterin

Cem Özdemir
Berichterstatter

Rezzo Schlauch
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin